

Verhandlungsprotokoll
der 38. Sitzung des Bundesrates vom 1. Juni 1956

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Dr. Feldmann
Abwesend: niemand
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: Die Protokolle der 32. und 33. Sitzung
werden genehmigt

Beginn: 9 Uhr Schluss: 12 Uhr 20

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Koreadelegation

Herr Petitpierre orientiert über die Erklärung des UNO-Kommandos betreffend die Suspendierung der neutralen Ueberwachungskommission in Südkorea. Der Rat teilt die Auffassung des Vorstehers des EPD, dass der schweizerische Delegationschef zum Bericht des Oberstbr. Gross erklären solle, dass der gegenüber den Tschechen und Polen erhobene Vorwurf für das Jahr 1954 begründet war, dass dies aber heute nicht mehr zutreffe. Was das Verhalten gegenüber dem Entscheid über die Suspendierung der Ueberwachungskommission betrifft, hält der Rat dafür, dass die Vereinbarung zwischen den Kriegsführenden, (die Grundlage für das Mandat war,) gebrochen wurde, und dass deshalb die festen Equipen aus Nord- und Südkorea vorläufig, solange dieser Zustand dauert, in die neutrale Zone zurückgezogen werden sollten. Der Chef der Schweizerischen Delegation ist durch ein Telegramm über diese Auffassung zu orientieren. Für die Presse wird ein Communiqué bereitgestellt, dass der Herr Bundeskanzler am Schlusse der Sitzung überbringen wird.

Campagne Duttweilers für die Auslandschweizer

Herr Petitpierre berichtet über eine direkte Demarche des Herrn Duttweiler in Bonn* und über einen Vortrag des Genannten in Genf, zu dem er das EPD öffentlich eingeladen hat mit der Aufforderung, sich kontradiktorisch zu äussern.

*bei den deutschen Behörden

Schriftliche Anträge

Bundeskanzlei

Entscheidungswurf i.S. Oberst Perret
 Der Entwurf wird allen Mitgliedern des Rates ausgeteilt. Auf



Wunsch von Herrn Streuli wird aber der Entscheid auf die Montag-sitzung verschoben, damit das FZD die neue Fassung prüfen kann.

Politisches Departement

Sowjetrussische Einladung der Schweizerpresse

Nach einer Aussprache, an der sich alle Mitglieder des Rates be-teiligen, wird zu den Anträgen des EPD wie folgt Beschluss gefasst:

Ziffer 1 und 3: gemäss Antrag.

Ziffer 2: statt zu sagen "à répondre qu'il approuve qu'elle soit acceptée" soll es heissen: "à répondre qu'il n'y voit pas d'objections".

Ziffer 4: es soll heissen: " de se déclarer d'accord qu'en cas d'acceptation de l'invitation soviétique, une délégation de huit à dix journalistes soviétiques soit invitée en Suisse, à titre de réciprocité, à une date à fixer, étant entendu que les modalités de cette invi-tation seraient réglées le moment venu".

Errichtung von Gesandtschaften in Tunis und Marokko

Zu Beginn der Sitzung werden ausgeteilt: "Stellungnahme des FZD zum Antrag des EPD vom 31. Mai 1956" und "Mitbericht des EPD zur Stellungnahme des EPD vom 1. Juni 1956".

Herr Streuli erklärt sich mit den Ausführungen im Mitbericht des EPD einverstanden. Nachdem die Botschaft bereits gesetzt ist, wird darauf verzichtet, den geschichtlichen Exkurs wegzulassen.

In der Botschaft werden auf Wunsch von Herrn Etter folgende Aende-rungen getroffen:

Auf Seite 1 soll es heissen "in zwei Ländern" statt in zwei wichtigen Ländern". Statt "politische Bedeutung in der Welt" be-gnügt man sich mit "politische Bedeutung".

Auf Seite 3 beliebt die Formulierung: "wurde vom Sultan von Marokko das französische Protektorat über sein Land anerkannt".

Auf Seite 7 wird "diese Verarabisierung" durch "diese Entwicklung" ersetzt.

Herr Feldmann findet, man sollte auf Seite 12 die "Armut und Ab-hängigkeit Lybiens vom Ausland" nicht so herausstreichen. Das EPD wird diesen Passus nochmals überprüfen.

Schliesslich wird beschlossen den Passus über die Kosten der Er-richtung der neuen Vertretungen fallen zu lassen.

Auf die Bedenken des Herrn Holenstein, dass man mit der Errichtung von Gesandtschaften nicht zu rasch vor-^{*}... nicht riskiere, Frank-reich vor den Kopf zu stossen, antwortet Herr Petitpierre, dass man die französische Regierung über den beabsichtigten Schritt orientiert habe. USA und Grossbritannien hätten bereits dipló-matische Vertretungen errichtet. Da der Beschluss der eidg. Räte dem Referendum unterstehe, sei beabsichtigt zuerst eine proviso-rische diplomatische Vertretung zu errichten.
gehen solle, damit man ...

Justiz- und Polizeidepartement

Mietzinsbeschwerde Bommer und Konsorten

Der Entscheid wird verschoben, um den EVD Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Volkswirtschaftsdepartement

Verordnung über die hauswirtschaftliche Ausbildung und die Berufsbildung der Bäuerin

Herr Feldmann erklärt, der Stellungnahme des EVD vom 26. Mai 1956 zum Mitbericht des JPD vom 9. Mai 1956 beizupflichten, sodass keine Differenzen mehr bestehen und der Rat zustimmt.

Post- und Eisenbahndepartement

Beschwerde der Bürgergemeinde Olten betr. Wiederaufnahme der Frau Louise Sitarz, geb. Häfeli, ins Schweizerbürgerrecht

Herr Etter stellt keinen Gegenantrag findet jedoch, dass man in der Auslegung des Begriffes "Würdigkeit" sehr weit-herzig gewesen sei.

Finanz- und Zolldepartement

Aussprache über Militärausgaben

Herr Chaudet führt mündlich die Gründe an, die es dem EMD verunmöglichen, dem Antrage des FZD vom 30. Mai zuzustimmen, wobei er u.a. feststellt, dass der Betrag von 500 Millionen Franken in der Vorlage von 1953 nicht der Realität entsprach und gegen die Stellungnahme des EMD aufgenommen wurde. Auch die Kommission für die Militärausgaben sei dann zu einem Bedarf von 560 Millionen für die laufenden Ausgaben gelangt. Mit den 700 Millionen des FZD komme das EMD in eine kritische Lage. Man könne mit der Finanzierung neuer Rüstungsausgaben erst 1959 beginnen und müsse das neue Aufrüstungsprogramm viel langsamer in Gang setzen und auf eine viel grössere Frist erstrecken. Für eine Anpassung der Armee an die Anforderungen des Atomkrieges sei noch nichts vorgesehen. Es werde sich bald herausstellen, dass man mit den 700 Millionen einfach nicht durchkommt und dann hat man Vorwürfe zu gewärtigen, dass man Departement und Volk unrichtig orientiert habe. Mit 700 Millionen und 580 Millionen laufenden Ausgaben ist man nicht allzuweit von den 500 Millionen der Initiative Chevallier entfernt, woraus sich ein Argument auf die Mühle der Initianten ergäbe. Der Rat stimmt aber mehrheitlich dem Antrage des FZD zu, wobei unterstrichen wird, dass es sich nur um einen vor-

läufigen Entscheid handle, um dem FZD eine Grundlage zu geben für die Ausarbeitung der Vorlage, zu der der Bundesrat am 29. und 30. Juni Stellung nehmen wird.

Volksinitiativen zur Finanz-Uebergangsordnung 1951/55/58 und Bundesfinanzreform

Das Geschäft wird in Anbetracht der vorgerückten Zeit auf die Montagsitzung verschoben.

U m f r a g e

Hr. S t r e u l i

Eingabe des Holzindustrieverbandes

Dieser Verband wünscht im Zusammenhang mit der Einstellung der Holzverzuckerung in Ems und der daraus resultierenden Schwierigkeiten für den Sägemehlabsatz von einer Delegation des Bundesrates empfangen zu werden. Gewünscht wird eine Verlängerung der Holzverzuckerung um einige Monate.

Herr Etter hält dafür, dass eine Vertretung des Verbandes angehört werden sollte. Die bundesrätliche Delegation soll bestehen aus den Herren Streuli, Etter und Holenstein. Das FZD soll die Einladung und Leitung der Konferenz übernehmen. Herr Streuli wird dem Bundesrat Antrag in dieser Sache stellen. Der Entscheid soll am Montag getroffen werden. Der Bericht in der Angelegenheit Hovag wird in den nächsten Tagen ausgeteilt werden. Er hat sich verzögert weil noch Antworten der Hovag und des Kleinen Rates ausstehen.

Hr. P e t i t p i e r r e

Internationales Presseinstitut. Einladung von Stadt und Kanton Bern

Herr Feldmann wird hingehen.

Empfang der belgischen Botschaft, 6. Juni

Ausser Herr Petitpierre wird auch Herr Holenstein der Einladung Folge leisten.

Empfang der Chinesischen Botschaft, 6. Juni

Herr Petitpierre glaubt, dass es gut wäre, wenn der Bundesrat an diesem Empfang vertreten sei. Nachdem Herr Etter bittet, entlastet zu werden, erklärt Herr Petitpierre, er werde schauen, dass er evt. acte de présence machen könne.

Einladung Association Henri Capitan

Herr Petitpierre wird hingehen.

Hr. H o l e n s t e i n

Botschaft und Antrag betr. Frostschäden

Herr Holenstein kündigt den Entwurf für Botschaft und Antrag betr. Frostschäden an. Das Geschäft sollte in der Junisession in beiden Räten behandelt werden.

Hr. C h a u d e t

Militärische Ausrüstung

Herr Chaudet erinnert daran, dass die Expertenkommission für für die Einsparungen bei der Militärverwaltung beantragt hatte, den Kantonen gewisse Aufgaben zu entziehen, wogegen die Kantone opponiert hatten. Um die Frage zu prüfen, wie die Differenz zwischen der Expertenkommission und den Kantonen beigelegt werden könnte, wurde eine gemischte Kommission bestellt. Sie ist zum Schlusse gekommen, dass es sich empfehle, den Status quo beizubehalten.

Der Rat ist damit einverstanden, dass das EMD dem Bericht der gemischten Kommission der Kantone zugestellt wird, bevor ihr das EMD seine Anträge vorlegt.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 37. Sitzung vom 29. Mai 1956 wird genehmigt mit zwei von Herrn Holenstein beantragten redaktionellen Änderungen, bei den Geschäften der Umfrage " Aussprache über Bundesfinanzordnung" und "Einladung VSK, Delegiertenversammlung in Lausanne vom 16. Juni."

* * *